Im Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe sind die UdSSR, Polen, die SBZ, die Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Bulgarien und Albanien zur Koordinierung der Planung, gemeinsamen Entwicklung auf der Grundlage der Arbeitsteilung sowie zum Austausch von Erfahrungen vereinigt. Seine Beschlüsse sind formell nur empfehlender Natur, wegen des Übergewichtes der UdSSR indes praktisch doch bindend, wenn sie auch häufig, z. B. von Polen, nicht eingehalten wurden ⁷⁷.

Die Staatliche Plankommission hat insbesondere die Befugnis,

- »operativ über grundsätzliche Fragen der Plandurchführung zu entscheiden, soweit diese von den zuständigen Organen bzw. von den Räten der Bezirke selbständig nicht gelöst werden können;
- notwendige Plankorrekturen vorzunehmen, soweit dadurch nicht die Hauptkennziffern der staatlichen Pläne berührt werden;
- im Rahmen der Pläne über die Zuteilung materieller und finanzieller Mittel sowie über den Einsatz der Arbeitskräfte und der Hoch- und Fachschulkader zu entscheiden;
- die methodischen Grundsätze der Ausarbeitung, Durchführung und Kontrolle der Perspektiv- und Jahresvolkswirtschaftspläne festzulegen;
- die Organisation und die Struktur der ihr unterstellten Organe festzulegen;
- in den zentralen Organen der staatlichen Verwaltung, Vereinigungen volkseigener Betriebe, anderen Wirtschaftsorganen, in den Fachorganen der örtlichen Räte, Institutionen und Betrieben Kontrollen über die Ausarbeitung und Durchführung der Volkswirtschaftspläne durchzuführen ⁷⁸.«

Das Anweisungs- und Kontrollrecht ist also umfassend. Da die Wirtschaftspläne durch Gesetz der Volkskammer beschlossen werden sollen (-> Art. 88 Abs. 1), greift das Recht der Staatlichen Plankommission zu Plankorrekturen in die normative Gewalt der Volkskammer ein und steht daher im Widerspruch zur Verfassung,

e) Die Staatliche Plankommission setzt sich zusammen aus dem Vorsitzenden, den Stellvertretern des Vorsitzenden und weiteren Mitgliedern. Mitglieder sind außerdem

- der Minister für Außenhandel und Innerdeutschen Handel,
- der Minister der Finanzen,
- der Vorsitzende des Komitees für Arbeit und Löhne,

⁷⁷ Statut vom 14. 12. 1959 (GBl. 1960 I S. 284); dazu Ohlsen, Der Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe, SBZ-Archiv, 1960, Heft 20, S. 307 ff.; Uschakow, Der Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe, Dokumente zum Ostrecht, Band II, 1962
Schenk, a. a. O. S. 81 ff.

⁷⁸ § 3 Verordnung über das Statut der Staatlichen Plankommission vom 27. 11. 1959 (GBl. I S. 919)